

## Bekanntmachung

betreffend Regelung des Verkehrs von aus dem Auslande eingeführtem Schmalz (Schweineschmalz). Vom 4. März 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Das nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung aus dem Auslande eingeführte Schmalz (Schweineschmalz) darf nur durch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin in den Verkehr gebracht werden. Wer nach diesem Zeitpunkt Schmalz aus dem Auslande einführt, hat es an die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin zu verkaufen und zu liefern.

§ 2. Wer aus dem Auslande Schmalz einführt, ist verpflichtet, der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. unter Angabe von Menge, Preis und Bestimmungsort unverzüglich nach der im Auslande erfolgten Verladung des Schmalzes Anzeige zu erstatten, auch alle sonstigen handelsüblichen Mitteilungen an die Gesellschaft weiterzuleiten. Er hat ferner den Eingang des Schmalzes und dessen Aufbewahrungsort der Gesellschaft unverzüglich anzuzeigen.

Die Anzeigen und Mitteilungen erfolgen telegraphisch; sie sind schriftlich zu bekräftigen.

§ 3. Wer auf Grund des § 1 an die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. zu liefern hat, hat das Schmalz bis zur Abnahme durch die Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns aufzubewahren, zu behandeln und es auf Verlangen der Gesellschaft an einem von ihr zu bezeichnenden Orte zur Besichtigung zu stellen. Er ist verpflichtet, etwaige Verladungsanweisungen der Gesellschaft zu befolgen.

§ 4. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. soll sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige von der Einfuhr und, wenn eine Besichtigung vorgenommen wird, unverzüglich nach der Besichtigung erklären, ob sie das Schmalz übernehmen will. Das Eigentum geht mit dem Zeitpunkt auf die Gesellschaft über, in dem die Uebernahmeerklärung dem Verkäufer zugeht.

§ 5. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. setzt den Uebernahmepreis endgültig fest.

§ 6. Alle Streitigkeiten zwischen der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. und dem Verkäufer über die Lieferung, die Aufbewahrung und den Eigentumsübergang entscheidet endgültig ein Ausschuss.

Dieser besteht aus einem Vorsitzenden und vier Mitgliedern sowie deren Stellvertretern, die sämtlich vom Reichskanzler ernannt werden.

Der Reichskanzler kann allgemeine Grundsätze aufstellen, die der Ausschuss bei seinen Entscheidungen befolgen soll.

Der Ausschuss soll bestimmen, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat.

§ 7. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. soll bei Verteilung der erworbenen Schmalzmengen die Bestimmungen des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) innehalten.

§ 8. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind geringfügige Mengen, die als Reiseproviant oder im Grenzverkehr aus dem Auslande eingeführt werden, sofern die Einfuhr nicht zu Handelszwecken erfolgt.

Inwieweit im übrigen Ausnahmen von diesen Bestimmungen zugelassen werden, bleibt besonderer Anordnung des Reichskanzlers vorbehalten.

Der Reichskanzler kann bestimmen, inwieweit diese Verordnung auf die Durchfuhr Anwendung findet.

§ 9. Als Auslande im Sinne dieser Verordnung gilt nicht das besetzte Gebiet.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu eintaufendfünfhundert Mark wird bestraft, wer den Vorschriften in §§ 1, 2 oder 3 zuwiderhandelt. Neben der Strafe können in den Fällen der §§ 1 und 2 die Gegenstände, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

§ 11. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 4. März 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

## Bekanntmachung

über die Einfuhr von Kakaos. Vom 3. März 1916.

Auf Grund des § 2 der Verordnung des Bundesrates über Kaffee, Tee und Kakao, vom 11. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 750) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Kakao, der nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen

aus dem Auslande eingeführt wird, darf nur durch die Kriegskakaogesellschaft m. b. H. in Hamburg in den Verkehr gebracht werden.

Als Kakao im Sinne dieser Bestimmungen gilt roher, gebrannter oder gerösteter Kakao, Kakaobutter, Kakaomasse, Kakaopfeffer und Kakaoschrot.

§ 2. Wer aus dem Auslande Kakao einführt, ist verpflichtet, den Eingang der Ware im Inlande der Kriegskakaogesellschaft unter Angabe der Menge, des bezahlten Einkaufspreises und des Aufbewahrungsortes unverzüglich anzuzeigen.

Als Einführender im Sinne dieser Bestimmungen gilt, wer nach Eingang der Ware im Inlande zur Verfügung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Verfügungsberechtigte nicht im Inlande, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 3. Wer Kakao einführt, hat ihn an die Kriegskakaogesellschaft zu liefern. Er hat ihn bis zur Abnahme durch die Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu behandeln, in handelsüblicher Weise zu verpacken und auf Abzug zu verladen. Er hat ihn auf Verlangen der Gesellschaft an einem von dieser zu bestimmenden Orte zur Besichtigung zu stellen.

§ 4. Die Kriegskakaogesellschaft soll sich nach Empfang der Anzeige von der Einfuhr und, wenn eine Besichtigung vorgenommen wird, nach der Besichtigung unverzüglich erklären, ob sie die Ware übernehmen will.

§ 5. Die Kriegskakaogesellschaft hat für die von ihr übernommene Ware einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen. Ist der Verpflichtete mit dem von der Kriegskakaogesellschaft gebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt ein Ausschuss den Preis endgültig fest; der Ausschuss bestimmt auch darüber, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat.

Der Ausschuss entscheidet in einer Besetzung von fünf Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden; die Ernennung des Vorsitzenden, der Mitglieber und deren Stellvertreter bleibt vorbehalten.

§ 6. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Preises zu liefern, die Kriegskakaogesellschaft vorläufig den von ihr für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag der Kriegskakaogesellschaft durch Anordnung der zuständigen Behörde auf sie oder die von ihr in dem Antrag bezeichnete Person übertragen. Die Anordnung ist an den zur Ueberlassung Verpflichteten zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung ihm zugeht.

§ 7. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme. Für streitige Restbeträge beginnt die Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung des Ausschusses der Kriegskakaogesellschaft zugeht.

§ 8. Die höhere Verwaltungsbehörde entscheidet endgültig alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten über die Lieferung, Aufbewahrung, Verpackung und den Eigentumsübergang ergeben, soweit nicht nach § 5 der Ausschuss zuständig ist.

§ 9. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde und als zuständige Behörde im Sinne dieser Bestimmungen anzusehen ist.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft, wer den Vorschriften der §§ 1 bis 3 dieser Bestimmungen zuwiderhandelt.

§ 11. Diese Bestimmungen treten am 5. März 1916 in Kraft. Berlin, den 3. März 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.  
Delbrück.

## Bekanntmachung

Auf Grund von § 9 der Verordnung des Bundesrates vom 3. März 1916 über die Einfuhr von Kakao (Reichs-Gesetzbl. S. 145) bestimmen wir:

Zuständige Behörde nach § 6 ist das Kreisamt, höhere Verwaltungsbehörde nach § 8 der Provinzialenkschuss.

Darmstadt, den 8. März 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Hombergk.

## Bekanntmachung

über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten, sowie Seifen. Vom 4. März 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 327) beschlossen:

§ 1. Pflanzliche und tierische Öle und Fette jeder Art — mit Ausnahme von Butter, Margarine und Schmalz —, sowie Seifen, die aus dem Auslande eingeführt werden, sind an den Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H. in Berlin zu liefern.

§ 2. Der Reichskanzler kann die näheren Bedingungen für

Ergänzungen zu unseren Frontkarten  
im gleichen Masstab wie die übrigen Karten.

unvollständigen Ansicht von Längen- und Gewichtsmaßen. Sollte übersehbare Mängelhaftigkeit der Maße- und Gewichtssysteme. Sollte der Maßstab den Brief selbst fraktieren, so müsste er sich an den Postfach der Postämter begeben. Briefe fallen wurden erst nach 1848 eingeführt — um das Porto in Bar zu erlösen. Nun begannen die verwirrendsten Berechnungen bei der Kartierung des Briefes, die nie stimmten, so daß der Empfänger des Briefes immer noch nach



die Beförderung festsetzen und erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu eintaufendhundert Mark bestraft und daß neben der Strafe die Stoffe, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

§ 3. Der Reichszentraler kann Ausnahmen zulassen. Er kann Vorschriften über die Durchfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten, sowie Seifen, erlassen.

Der Reichszentraler kann die Vorschriften dieser Verordnung auf Lade- und Firnisse, Delsäuren und Fettsäuren ausdehnen.

§ 4. Als Ausland im Sinne dieser Verordnung gilt nicht das besetzte Gebiet.

§ 5. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichszentraler bestimmt den Zeitpunkt des Außertretens.

Berlin, den 4. März 1916.  
Der Stellvertreter des Reichszentralers.  
Delbrück.

### Bekanntmachung

über das Verbot der Verwendung von Ölen oder Fetten zur Herstellung von Degras, von Läden, Firnissen und Farben.

Vom 1. März 1916.

Auf Grund des § 3 der Verordnung über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken vom 6. Januar 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 3) wird folgendes bestimmt:

Artikel 1. Pflanzliche oder tierische Öle oder Fette dürfen zur Herstellung von Degras, Degras-Moellon und Moellon sowie zur Herstellung von Läden, Firnissen und Farben, die zur Lederfabrikation dienen, nur mit Zustimmung des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette in Berlin verwendet werden, der sich hierbei der Vermittlung der Kriegsliefer-Aktiengesellschaft in Berlin bedient.

Artikel 2. Pflanzliche Öle (Leinöl, Hanföl, Mohnöl, Holzöl usw.) dürfen zur Herstellung von Läden, Firnissen und Farben sowie zum Anstreichen nur in Mischungen mit anderen Stoffen verwendet werden. Die Mischung darf an pflanzlichen Ölen nicht mehr als 25 vom Hundert des Gewichts des End-erzeugnisses enthalten.

Diese Vorschrift findet auf die Herstellung von Läden, Firnissen und Farben, die zur Lederfabrikation dienen, keine Anwendung.

Artikel 3. Diese Bekanntmachung tritt am 15. März 1916 in Kraft.

Berlin, den 1. März 1916.  
Der Stellvertreter des Reichszentralers.  
Delbrück.

### Bekanntmachung

betreffend das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände.

Vom 3. März 1916.

Auf Grund der Verordnung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände vom 25. Februar 1916 (Reichs-Gesetzblatt Seite 111) verbiete ich bis auf weiteres die Einfuhr über die Grenzen des Deutschen Reiches für folgende Gegenstände:

Dichte Gewebe für Möbel- und Zimmerausstattung aus Baumwollgespinnst usw.

Berlin, den 3. März 1916.  
Der Stellvertreter des Reichszentralers.  
Delbrück.

### Bekanntmachung

zur Milderung der Bekannmachung betr. die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Futtermitteln, vom 11. September 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 569). Vom 4. März 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt Seite 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel I. Der § 1 Abs. 1 der Bekannmachung, betr. die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Futtermitteln, vom 11. September 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 569) erhält folgenden Wortlaut:

Woggen, Weizen, Gerste, Hafer, Mais, Hülsenfrüchte, Buchweizen, alle Produkte und Abfälle der vorgenannten Erzeugnisse, welche durch Vermahlen, Schälen oder Schrotten gewonnen werden, allein oder in Mischungen — auch mit anderen Erzeugnissen —, sowie Malz sind, soweit sie aus dem Ausland eingeführt werden, an die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern. Die in der Liste zur Bekannmachung, betreffend die Einfuhr von Futtermitteln, Hülsenfrüchten und Kunstdünger, vom 28. Januar 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 88) aufgeführten Futtermittel und Hülsenfrüchte fallen nicht unter die Bestimmungen dieser Verordnung.

Artikel II. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. März 1916.  
Der Stellvertreter des Reichszentralers.  
Delbrück.

### Bekanntmachung

über Auskunftserteilung auf Grund der Verordnung, betreffend die private Schwefelwirtschaft, vom 18. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 761).

Gemäß § 3 der Verordnung, betreffend die private Schwefelwirtschaft, vom 18. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 761) sind die für die Berechnung der Umlage erforderlichen Auskünfte hinsichtlich der im Februar 1916 erzeugten Mengen Schwefelsäure und Oleum und abgefallenen Säuren bis zum 15. März 1916 zu erteilen. Die nach §§ 2 und 3 der Verordnung Neben- und Umlagepflichtigen haben die Zustellung von Fragebogen für die Auskunftserteilung unverzüglich bei der Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, Berlin W 9, Köthener Straße 1—4, zu beantragen, soweit sie ihnen nicht unmittelbar zugegangen sind.

Die Umlage ist zu entrichten, soweit nicht eine Ausnahme gemäß § 10 der Ausführungsbestimmungen vom 14. November 1915 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 461) vorliegt.

- a) von den Erzeugern von Schwefelsäure und Oleum für die in der betreffenden Rechnungsperiode verarbeiteten Mengen von Schwefel und schwefelhaltigen Rohstoffen,
- b) von denjenigen Betrieben, in denen Abfallsäure abfällt, soweit sie aus dem Wirtschaftskreis des anerkannten Heeres- und Marinebedarfs heraustreten und in die private Wirtschaft übergeht, und zwar für die in der betreffenden Rechnungsperiode abfallenden Mengen.

Berlin, den 7. März 1916.  
Der Reichszentraler.  
Im Auftrage: Müller.

Betr.: Die Verteilung der Vorräte an Verbrauchszucker.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Um zu verhindern, daß der Einzelne zum Schaden der Allgemeinheit größere Mengen Zucker erwirbt und aufspeichert, wollen Sie die Abgabe von Zucker an Hausaltungen in Mengen von mehr als 1 Kilogramm in jedem Einzelfall auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 verbieten.

Gießen, den 11. März 1916.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Langermann.

Betr.: Die Sicherung der Frühjahrseinstellung und der Ernte 1916.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Es ist dringend notwendig, daß die Gemeindeverwaltung sich auch in diesem Jahre wiederum eingehend und ständig um die Feld- und Gartenbewirtschaftung in ihrer Gemeinde kümmern, damit alle erforderlichen Arbeiten rechtzeitig und richtig vorgenommen werden. Insbesondere ist dies jetzt wegen rechtzeitiger Bormahme der ordnungsmäßigen Frühjahrseinstellung erforderlich.

Wir empfehlen Ihnen, da Sie wegen Ihrer übrigen Arbeiten diese Angelegenheit allein wohl nicht erledigen können, alsbald die durch den Gemeinderat im Vorjahre gewählte Deputation erneut zu berufen und notfalls durch Neuwahlen zu ergänzen (Gemeinderatsmitglieder und sonstige sachkundige wählbare Ortsbewohner, — vergl. Art. 129 der V.G.O.). Die Deputation hat alles Erforderliche — soweit nötig, nach Befichtigung der Gemartung und unter Inanspruchnahme der Mitarbeit der Feldgeschworenen und Feldschützen — alsbald zu beschließen und bei Ihnen im Antrag zu bringen.

Für Frauen, deren Angehörige im Heere stehen, und für Personen, welche die Bestellung von Feld und Garten nicht allein verstehen, ist der erforderliche Rat und Beistand, soweit er nicht durch Verwandte erfolgt, durch von der Gemeinde zu benennende Vertrauensmänner zu veranlassen.

Bei der Wichtigkeit, die einer geordneten und vollständigen Feld- und Gartenbewirtschaftung für die gesamte Volksernährung zukommt, erparten wir, daß Sie alles ausbieten werden, um zu erreichen, daß die Feld- und Gartenbestellung in der Gemeinde vollkommen ordnungsmäßig durchgeführt wird.

Gießen, den 10. März 1916.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Hemmerde.

Betr.: Ausstände an Gefällen von Holz-, Bacht-, Gras- und Pflanzgeldern für 1915.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir sehen der umgehenden Vorlage der noch rückständigen Mahn- und Pfandbescheide oder der Erstattung von Fehlberichten — spätestens innerhalb 14 Tagen — entgegen.

Gießen, den 9. März 1916.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Biedenkopf.

Die Maul- und Klauenseuche in Hermannstein ist losgerissen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen sind aufgehoben.

Gießen, den 9. März 1916.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Hemmerde.



### Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Marburg.  
In Marburg und Lagobertshausen (Kreis Marburg) ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.  
Siehen, den 11. März 1916.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.  
Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche vom 29. Februar d. J. als verseucht zu gelten haben:  
1. Im Großherzogtum die Kreise Darmstadt, Bensheim, Dieburg, Heppenheim, Offenbach, Alsfeld, Büdingen, Friedberg, Mainz, Alzen, Oppenheim, Worms.  
2. Im Reichsgebiet alle Bezirke mit Ausnahme von Birkenfeld, Coburg, Schwarzburg-Nordstadt, Waldeck, Reuß a. L., Schaumburg-Lippe, Lübeck.  
Siehen, den 12. März 1916.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Die Besteuerung der Klaviere, Automaten und Musikwerke, Luxuswagen und Luxusreitpferde.  
Unter Hinweis auf Artikel 33 des Gesetzes vom 12. August 1899, in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1910, wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Stempelabgabe:  
1. für Verkaufs- oder Wagaautomaten,  
2. „ automatische Kraftmesser,  
3. „ Automaten, die zur Unterhaltung des Publikums dienen,  
4. „ alle in öffentl. Wirtschaftskafalen aufgestellte Klaviere oder sonstige Musikwerke,  
5. „ Luxuswagen und Luxusreitpferde,  
für das Hj. 1916 im Monat März an allen Wochentagen von vormittags 9—12 Uhr auf dem Bureau der unterzeichneten Behörde, Zimmer Nr. 1, dahier zu entrichten ist.  
Wer bis zum 31. März 1916 die Abmeldung der stempelspflichtigen Automaten usw. bei uns nicht erwirkt hat, ist zur Weiterentrichtung der Abgabe bei Meldung der Bestrafung und zwangsweisen Beitreibung verpflichtet.  
Sollte die Entrichtung der Abgabe im Wege der Posteingahlung erfolgen, so sind die Geldbeträge stets ganz frei einzuzahlen.  
Die für das Hj. 1915 ausgestellten Karten sind vorzulegen.  
Siehen, den 25. Februar 1916.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Hemmerde.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Betr.: Wie oben.  
An das Großh. Polizeiamt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.  
Vorstehende Bekanntmachung ist auf ortsübliche Weise wiederholt zu veröffentlichen.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Die Ausführung des Urkundenstempelgesetzes v. 12. Aug. 1899 in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1910; hier: die Erhebung der Stempelabgaben für Fahrräder.  
Unter Hinweis auf Artikel 33 des obigen Gesetzes wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß der Stempelbetrag für  
Fahrräder  
für das Rechnungsjahr 1916 (d. i. die Zeit vom 1. April 1916 bis 31. März 1917) im Monat März 1916 an allen Werktagen, vormittags von 9—12 Uhr, auf dem Bureau der unterzeichneten Behörde, Zimmer Nr. 1, zu entrichten ist.  
Wir fordern hiermit alle Besitzer von Fahrrädern, die diese auf öffentlichen Wegen und Plätzen benutzen, auf, die Stempelabgabe für 1916 Hj. mit 5 Mark von jetzt ab zu entrichten, oder, sofern die Voraussetzungen hierzu vorliegen, Antrag auf Befreiung von der Abgabe zu stellen.  
Sollte die Entrichtung der Abgabe im Wege der Posteingahlung erfolgen, so sind die Geldbeträge stets ganz frei einzuzahlen, auch müssen die früheren Radfahrkarten mit eingesandt werden.  
Wer bis zum 31. März 1916 von der Entrichtung der Abgabe befreit ist, hat erneutes Befreiungsgesuch binnen gleicher Frist bei der Bürgermeisterie seines Wohnortes oder in der Stadt Gießen dem Polizeiamt vorzubringen. Hierbei ist die früher erteilte Radfahrkarte und der letzte Staatssteuerzettel (2 Blätter) vorzulegen. Befreiungsanträge, die nach dem 1. April 1916 gestellt werden, können keine Berücksichtigung mehr finden.

Die Stempelabgabe wird von all denjenigen Personen, die ausweislich unseres Registers zur Zahlung verpflichtet sind, einerlei, ob sie bisher die Abgabe entrichtet haben oder von derselben befreit waren, beigetrieben werden, falls die von ihnen benutzten Fahrräder nicht bis spätestens 31. März 1916 unter Rückgabe der Nummerplatte bei uns abgemeldet worden sind. Auch wird die Bestrafung der Säumnigen auf Grund des Urkundenstempelgesetzes erfolgen.

Siehen, den 25. Februar 1916.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Hemmerde.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Betr.: Wie oben.  
An das Großh. Polizeiamt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.  
Vorstehende Bekanntmachung wollen Sie wiederholt veröffentlichen.

Die bei Ihnen eingehenden Gesuche um Befreiung von der Stempelabgabe wollen Sie zunächst sammeln und in Verzeichnisse zusammenstellen und diese Verzeichnisse nebst den letzten Radfahrkarten der betr. Radbesitzer, den Steuerzetteln und etwa sonst noch vorhandenen Nachweisen bis zum 15. März 1916 an uns einreichen. Die Einträge in den Verzeichnissen sind in der Reihenfolge der Nummern der Radfahrkarten zu vollziehen. Verzeichnisse, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden wir als „Portopflichtige Dienstsache“ zur Neuaufstellung zurückgeben. Formulare für Verzeichnisse sind bei der Firma W. Klee dahier erhältlich.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Hemmerde.

Betr.: Die Erhebung der Kurtaxe und der Badegelber zu Bad Nauheim.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Die Großh. Kurverwaltung Bad Nauheim hat die Wahrnehmung gemacht, daß in den benachbarten Städten und Orten Fremde Wohnung nehmen, von da aus die Kurmittel in Bad Nauheim gebrauchen, die Konzerte und das Kurhaus besuchen und die Zahlung der Kurtaxe auf diese Weise zu umgehen suchen. Daher ist angeordnet worden, daß die Abgabe von Bädern in den Badhäusern zu Bad Nauheim an die Ortsansässigen von Bad Nauheim und der benachbarten Städte und Orte zukünftig nur dann noch erfolgen soll, wenn von denselben Legitimationskarten nach dem unten abgedruckten Muster dem Aufsichtspersonal in den Badhäusern vorgezeigt werden. Diese Legitimationskarten sollen durch Sie auf Ansuchen der Ortsansässigen ausgestellt werden.

Die Abgabe der Legitimationskarten darf also nicht an solche Personen erfolgen, welche zufällig nur zu Besuch anwesend sind. Nur für die Ortsansässigen, die mindestens drei Monate in dem betr. Orte wohnen und auch Steuer bezahlt haben, dürfen derartige Legitimationskarten ausgestellt werden, die Ausstellung hat jedoch zu unterbleiben, insofern diese Ortsansässigen in Bad Nauheim Wohnung genommen haben und nicht nach genommenem Bade an demselben Tage in ihren Wohnort zurückkehren.

Ueber die ausgestellten Legitimationskarten haben Sie namentliche Verzeichnisse zu führen.

Die jeweils ausgestellten Karten sind nur für das Kalenderjahr, in dem sie ausgestellt sind, gültig.

Sie wollen Vorstehendes mehrmals ortsüblich veröffentlichen. Die Formulare zu Legitimationskarten sind bei Großh. Kurverwaltung Bad Nauheim gratis und franco zu haben.

Denjenigen Großh. Bürgermeisterien, die in den letzten Jahren Legitimationskarten ausgestellt haben, geht in den nächsten Tagen eine entsprechende Anzahl derselben f. d. zu.

Die Listen sind am Schlusse der jeweiligen Saison — im Oktober jeden Jahres — direkt bei der Großh. Kurverwaltung Bad Nauheim portofrei von Ihnen einzureichen.

Sofern keine Legitimationskarten in dieser Saison zur Verwendung kommen, wollen Sie am Ende derselben mittels Postkarte hiervon der Großh. Kurdirektion Bad Nauheim Nachricht geben. Die nichtgebrauchten Karten sind von Ihnen zwecks Verwendung in nachfolgenden Jahren zurückzubehalten.

Siehen, den 11. März 1916.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Ufinger.

### Legitimations-Karte.

De wird hiermit bescheinigt, daß d . . . fesse hier ansässig ist und die Bäder in Bad Nauheim gebrauchen will.

. . . den . . . ten . . . 19 . . .  
Großherzogliche Bürgermeisterie . . .  
(Siegel)

Bei mißbräuchlicher Benutzung verliert diese Karte ihre Gültigkeit.